

Gerry Weber schließt Großteil seiner Filialen, Baukreditzinsen steigen stärker, Neuer Mindestlohn kommt

Gerry Weber schließt Großteil seiner Filialen

In den nächsten Monaten wird der angeschlagene Bekleidungshersteller Gerry Weber einen Großteil seiner Geschäfte in Deutschland schließen. Insgesamt 122 der derzeit noch 171 eigenen Stores und Outlets sollen bis Ende September diesen Jahres (2023) im Zuge der Sanierungsbemühungen aufgegeben werden, teilte das Unternehmen am Montag (26.06.2023) mit. Damit fallen auch rund 350 Vollzeitarbeitsplätze weg. Weitere 75 Stellen sollen in den Zentralbereichen in Halle (Westfalen) gestrichen werden. Der Modehändler reiht sich in eine lange Reihe von Handelsfirmen, die zuletzt in die Pleite gerutscht waren. Zum Beispiel Peek & Cloppenburg und die Schuhhandelskette Reno. ([Manager Magazin](#))

Baukreditzinsen steigen stärker

Seit dem Frühjahr 2022 sind die Zinsen für Baukredite der Bundesbank zufolge in Deutschland im historischen Vergleich unerwartet stark gestiegen. Bei der Weitergabe der Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB) an Sparer lassen sich Kreditinstitute dagegen teils mehr Zeit als in der Vergangenheit, wie aus dem Monatsbericht der Notenbank hervorgeht. Die Analyse zeige jedoch, dass die Banken in Deutschland den Zinssatz für Wohnungsbaukredite an private Haushalte seit Mai 2022 stärker angehoben haben, als zu erwarten gewesen wäre. Die Aussichten der Bundesbank für die

deutsche Wirtschaft fallen verhalten aus. Die Konjunktur erhole sich bis 2025 nur mühsam von den Krisen der vergangenen Jahre. Im laufenden Jahr (2023) erwartet die Bundesbank eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,3 Prozent. Für die beiden kommenden Jahre (2024 und 2025) wird nach bereits bekannten Prognosen ein Wirtschaftswachstum von 1,2 und 1,3 Prozent vorhergesagt. ([Spiegel Online](#))

Neuer Mindestlohn kommt

Trotz Rekordinflation hat die Mindestlohnkommission eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1.1.2024 von 12 Euro pro Stunde auf 12,41 Euro und zum 1.1.2025 auf 12,82 Euro vorgeschlagen. Gewerkschaften hatte eine Erhöhung auf 13,50 Euro gefordert. Allerdings sollte man beachten: Eine Erhöhung des Mindestlohns hat positive und negative Effekte, denn eine zu starke Anhebung kann zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen, indem Beschäftigungsverhältnisse unrentabel werden und Arbeitsplätze verschwinden. Bislang hat der gesetzliche Mindestlohn aber keine große Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Um 41 Cent oder 3,4 Prozent soll der Mindestlohn zum Jahreswechsel (2024) steigen. Mehr dazu hier. (Der Tagesspiegel)